

Am 26. September wird ein neuer Bundestag gewählt.

Es steht viel auf dem Spiel

Die Corona-Hilfen zeigen, was auf dem Spiel steht: Die Merkel-Scholz-Regierung rettete die Lufthansa durch Steuermilliarden, ohne den Beschäftigten Sicherheit zu geben; die Lufthansa entlässt Personal, damit die Gewinne stimmen. Wir brauchen eine Regierung mit umgekehrtem Programm: Nicht Aktionäre füttern und überkommene Strukturen retten, sondern zukunftsfester ökologischer Umbau der Unternehmen, um soziale Sicherheit für die

Beschäftigten zu schaffen! Es geht um nicht mehr vernachlässigte Bereiche und nicht weniger als um der Daseinsvorsorge wie



einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

DIE LINKE will diesen Umbau: massive Investitionen des Staates in den Aufbau klimaneutraler Produktion, Investitionen in den öf-

entlichen Verkehr und vernachlässigte Bereiche der Daseinsvorsorge wie das Gesundheitswesen und die Pflege. Es geht für uns um tariflich bezahlte, sozial abgesicherte Arbeitsplätze und den Abschied vom Niedriglohnsektor. Diese soziale Komponente hängt davon

ab, ob DIE LINKE bei den Wahlen gestärkt wird. Orientiert an ihren Wähler*innen werden sich die Grünen auf ökologische Schwerpunkte zurückziehen. Soziale Verbesserungen sind nicht zu erwarten, wenn am Wahlsonntag eine CDU-Grüne-Koalition möglich ist. Und die SPD musste man schon immer zum Jagen tragen. Mit den linientreuen Coronahilfen zeigte sie wieder einmal ihre „Anpassungsfähigkeit“, wenn sie in schlechter Gesellschaft ist:

Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes aus dem Budget der Sozialversicherungsbeiträge hebt BMW in die Gewinnzone. Das fließt dann als Dividende an die Quandt-Familie. Diese Regierung füttert die Aktionäre mit den Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitenden.

Nur eine starke LINKE wird ein "weiter so" verhindern können.

Florian Straetmanns
Sprecher Kreisverband
Bielefeld

Gesundheit und Pflege

Systemwechsel jetzt!

Nicht erst seit der Corona-Pandemie wissen wir, dass der Pflegenotstand offensichtlich ist und bundesweit mehr als 150.000 Pflegekräfte fehlen.

Auch in Bielefelds Kliniken und in den Pflege-

einrichtungen kommen Kolleg*innen immer wieder an die Grenzen von verantwortbarer Pflege.

In vielen Haushalten, in denen pflegende Angehörige ihr Bestes geben, steht die aufopfernde

Pflege nicht selten und vor der Öffentlichkeit verborgen, vor dem Zusammenbruch.

Es mag vielfach an der rechtlichen Grundlage fehlen, nicht aber an der politischen Mitverantwortung der Kommunalpolitik, wenn die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in Bielefeld gefährdet ist. Aussagen zur Gesundheitswirtschaft, wie: „Gemeinsam entwickeln wir vor Ort Maßnahmen, die dem Pflegenotstand entgegenwirken.“ (aus unserem Koalitionsvertrag) müssen mit Inhalt und Handeln gefüllt werden.

Erste Maßnahme in Bielefeld sollte die Auswei-

Berufsflucht stoppen. Wir fordern eine Kampagne zur Rückholung ausgeschiedener Fachkräfte, verbunden mit „Guter Arbeit“ in der Pflege:

- Angemessene Bezahlung und tarifliche Entlastungsvereinbarungen.
- Eine sichere Dienstplangestaltung.
- Hilfe bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum, Kitaplätzen und mehr.

tung von Aus- und Weiterbildungsplätzen für Pflegekräfte sein. Gleichzeitig sollten die Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Betrieben der Gesundheitswirtschaft vorbildlich verbessert werden.

Das ökonomisierte Gesundheitswesen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Gesundheitssystem hat seine Einrichtungen zu lange mit dem Mangel an Investitionen und Fachpersonal allein gelassen. Stattdessen hat sich die Politik

auf die Fallpauschalen der Kranken- und Pflegekassen und viele gutverdienende Akteure der Gesundheitswirtschaft verlassen. Gesundheit ist dabei zur Ware verkommen. Die nächste Bundestagswahl steht vor der Tür und da erwarten wir für das Gesundheitswesen mehr als gute Worte. Wir fordern eine bedarfsgerechte Finanzierung. Systemwechsel jetzt!

Brigitte Stelze
Sprecherin Kreisverband
Bielefeld



Aktion für mehr Personal in der Pflege

Gute Arbeit

Sicher, unbefristet, tariflich bezahlt!

Durch die Pandemie hat sich die Arbeitswelt verändert und für viele weiter verschärft: Zehntausende sind in Kurzarbeit, Millionen Minijobber*innen erhalten kein

In Bielefeld steigt die Arbeitslosigkeit weiter an: im Vergleich zum März 2020 ist sie um 19,5 % gestiegen, bei Frauen sogar um 21,2 %. DIE LINKE kämpft dafür, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und ihren Familien orientieren, nicht an den Profitinteressen der Unternehmen. Die Unternehmerverbände nutzen die Krise, um Rechte von Beschäftigten einzuschränken, Löhne weiter zu drücken und Überstunden durchzusetzen.

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften: Wir wollen Arbeitsplätze und Tarifverträge verteidigen, die Tarifbindung ausbauen und Entlassungen stoppen. Arbeit muss für alle Menschen sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch gestaltet sein.

Gülcan Turan

Fraktionsgeschäftsführerin



Kurzarbeitergeld, Kassierer*innen, Pflegekräfte, Reinigungskräfte und Erzieher*innen sind zusätzlich hohen Gesundheitsrisiken ausgesetzt, Familien leiden unter Homeoffice, Pflegekräfte arbeiten an der Belastungsgrenze, prekär Beschäftigte und Studierende haben ihre Arbeit verloren, Ausbildungsplätze sind schwer zu finden.

Unsere zentralen Forderungen sind:

- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13 €! Streichung diskriminierender Ausnahmeregelungen für Langzeiterwerbslose, Praktika, jugendliche Beschäftigte und Menschen mit Behinderungen!
- Gesellschaftliche Anerkennung von Erziehungs- und Pflegearbeit und stärkere Berücksichtigung bei der Arbeitszeitgestaltung!
- Lohndumping durch Werkverträge verhindern! Leiharbeit verbieten!
- Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen!



Carsten Strauch: Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz 4

Überwindung vom Hartz IV System:

Reale Chance oder nur Wahlkampf?

Vor mehr als 15 Jahren entwickelten SPD und die Grünen das Hartz IV System: Arbeitslose bekommen seitdem weniger Geld und werden mit Sanktionen gezwungen, zu deutlich geringeren Löhnen zu arbeiten. Leiharbeit wurde „flexibilisiert“. Deswegen gründete sich 2005 die neue Partei WASG und daraus 2007 die heutige Partei DIE LINKE.

Jetzt verkünden SPD und Grüne, dass sie Hartz IV überwinden wollen: Die SPD plant ein „soziales Bürgergeld“ und die Grünen eine „Garantiesicherung“. Ähnlich wie beim LINKEN Konzept der „sanktionsfreien Mindestsicherung“ sollen Arbeitslose mehr Geld bekommen. Nach dem jahrelangen Druck der LINKEN wollen heute die Grünen das Existenzminimum nicht mehr mit Sanktionen kürzen. Arbeitsminister Heil (SPD)

will nur noch in „harten Fällen“ Sanktionen verhängen. Das Konzept der LINKEN ist weitergehend und beinhaltet neben dem Verbot von Sanktionen auch ein Verbot von Leiharbeit.

Nach 16 Jahren Hartz IV gibt es leicht eine reale Chance das Armuts-System zu überwinden. Aber es gibt auch viel Skepsis: Schließlich schrieben SPD und Grüne auch damals in ihren Wahlprogrammen, dass das künftige Hartz IV vor Armut schützen solle. Und mit Olaf Scholz und Hubertus Heil sind noch immer einstige Verfechter vom Hartz IV System an der Spitze der SPD. Darum braucht es für mehr soziale Gerechtigkeit eine starke LINKE!

Dr. Dirk Schmitz

Ratsmitglied

Wer zahlt die Kosten der Krise?

Während große Konzerne in der Pandemie mit hunderten Milliarden Euro „gerettet“ werden, müssen viele Menschen erhebliche Einkommensverluste hinnehmen oder geraten gar in Existenznot. Das hat dazu geführt, dass Einkommen und Vermögen noch ungleicher verteilt sind. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereinte bereits 2020 rund 35% des Vermögens

auf sich, also mehr als ein Drittel. Neben den erheblichen Ausgaben des Staates sind die Einnahmen gesunken.

Von der Bundesregierung hört man viel von „gemeinsamen Kraftanstrengungen“. Diese Aussage stellt die Auswirkungen so dar, als ob alle von der Krise gleichermaßen betroffen wären und deshalb auch alle die Kos-

ten bezahlen müssen. Dies ist absolut nicht der Fall – es gibt auch Krisengewinner*innen!

DIE LINKE fordert, dass die entstandenen Schulden nicht zu Privatisierungen oder zum Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialer Leistungen führen. Vielmehr müssen die Weichen für eine solidarische Finanzierung jetzt gestellt werden.

Deshalb fordern wir:

- Eine Vermögenssteuer für Privatvermögen über einer Million Euro, ohne selbstgenutztes Wohneigentum zu berücksichtigen.
- Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe für sehr hohe Vermögen.
- Die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer mit gestaffelten Spitzensteuersätzen für die oberen 20% der Einkommensverteilung.

● Daneben braucht es eine Reform der Kapitalertragssteuer, um Spekulationen angemessen zu besteuern und eine Erbschaftssteuer, die ihres Namens würdig ist.

● Untere Einkommenschichten brauchen finanzielle Entlastungen: Nach dem Grundsatz „breite Schultern müssen mehr tragen“.

Gabi Bieberstein und Christoph Becker
Mitglieder im Kreisvorstand

Atombomber nein danke!

Entspannungspolitik jetzt!



Ostermarsch 2021

Im Januar trat der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Er verbietet Besitz, Stationierung, Einsatz und Herstellung von Atomwaffen. Obwohl über 90% der deutschen Bevölkerung für seine Un-

terzeichnung sind, lehnt die Bundesregierung dies vehement ab. Im Gegenteil plant sie die größte nukleare Aufrüstung Deutschlands seit 40 Jahren. Für 12 Mrd. € sollen neue Atombomber, d. h.

atomwaffenfähige Kampf- flugzeuge, angeschafft werden. Die Abstimmung im Bundestag soll wahrscheinlich kurz nach der Bundestagswahl fallen. Gleichzeitig "modernisieren" die USA ihre 20 in

Deutschland lagernden Atombomben und machen einen Atomkrieg damit wahrscheinlicher.

Angesichts der schlechten Beziehungen zwischen USA und Russland ist die atomare Aufrüstung umso gefährlicher. Der Westen hat die Konfrontation durch Aufbau des Feindbildes Russland und durch Sanktionspolitik verschärft. Und jetzt hat US-Präsident Biden den russischen Präsidenten Putin als Mörder bezeichnet und damit die schlechten Beziehungen noch weiter verschärft. Es ist zu befürchten, dass Biden die Weltmachtinteressen der USA gegenüber allen Staaten durchsetzen will - notfalls militärisch. Erschreckend auch, dass

Deutschland und die EU die US-Politik weitgehend mittragen.

Daher ist breiter gesellschaftlicher Druck gegen die Anschaffung neuer Atombomber und für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland notwendig. Im Bundestag fordert nur DIE LINKE klar und deutlich: „Deutschland muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen. Atomwaffen raus aus Deutschland.“

Weitere Infos:

<https://kurzelinks.de/atomwaffen-nein-danke>

Gabi Bieberstein

Mitglied in der Friedensinitiative Bielefeld



Aktion der »Jungen Linken« auf dem Johannisberg

Keine Ehrung für Steigbügelhalter der Faschisten

Hindenburg-Eiche umwidmen!

Die Junge Linke wird im April einen Antrag zur Umwidmung der Hindenburg-eiche in die BZV Gadderbaum einbringen. Bisher steht die Hindenburg-Eiche auf dem Johannisberg exemplarisch für eine nachlässige Auseinandersetzung mit Faschismus. So findet im Umfeld der Eiche, welche 1933 dem damaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg geweiht wurde, keinerlei historische Einordnung seiner Person oder Aufklärung über die

antidemokratische Einstellung Hindenburgs statt. Die Eiche erinnert somit nicht unweit des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Johannisberg an einen Kriegsverbrecher, der mit reaktionären Ideen als Steigbügelhalter der Faschisten agierte. Anstatt an einen Helfer der Nazis, soll die Eiche zukünftig an den Bielefelder Widerstand gegen die faschistische Gewaltherrschaft erinnern.

Junge Linke

Klimaschutz

Eine soziale Frage

Die Klimakrise bedroht uns alle. Aber arme Menschen mit geringen Einkommen wohnen häufig in schlecht isolierten Wohnungen, sind eher chronisch krank und haben nicht ausreichend Geld für gesundes Essen.

"Klimaverschmutzung" ist auch eine Verteilungsfrage. Die reichsten 10% der Weltbevölkerung erzeugen pro Kopf etwa 4,5-mal so viel CO₂ wie die unteren 50%.

Gutes und ökologisches Leben darf kein Luxusgut sein. Wir verbinden Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit:

- Preiswertere Tickets in Bus & Bahn mit der Perspektive eines Nulltarifes.
- Bezahlbare Wohnungen in ökologisch sanierten Gebäuden.
- Heizen und Strom ökologisch und bezahlbar.
- Gesunde Ernährung darf nicht am Geldbeutel scheitern - Armut überwinden.
- Notwendige Investitionen in Klimaschutz auch durch gerechtere Steuern auf hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen.

Carsten Strauch

Mitglied im AK Umwelt



Volksrepublik CHINA

Partner oder Bedrohung für Deutschland?

China mit seinen 1,4 Milliarden Menschen ist mittlerweile in aller Munde. Wird das 21. Jahrhundert das „Chinesische Jahrhundert“ werden? Um zu verstehen, welche Entwicklung China in den letzten Jahrzehnten genommen hat, helfen die „europäische Brille“ und die alte, koloniale Sicht nicht mehr weiter.

Verarmte Arbeitermassen, schlechte Luft in den Städten, verlängerte Werkbank und Billigfabrik der Welt, sind die Klischees.

Aber auch diese Fakten sollten zur Kenntnis genommen werden: Hunderte Millionen von Menschen sind aus der Armut geholt worden. China ist erste Liga bei: Mobilfunk, künstlicher Intelligenz, erneuerbaren Energien. Die Corona-Krise hat China besser als viele westliche Länder bewältigt. Die sog. „Neue Seidenstraße“ ist ein Erfolgsprojekt geworden.

Die USA als wichtigster deutscher Handelspartner ist durch China abgelöst worden.

Die Weltmacht USA versucht, Chinas Aufstieg mit allen Mitteln, wie Handelskrieg und militärischem Druck zu stop-

pen. Es drohen ein neuer Rüstungswettlauf und die Gefahr einer militärischen Konfrontation. Joe Biden, der neue US-Präsident, wirbt für eine weltweite Koalition gegen China und versucht, auch Deutschland eng einzubinden.

DIE LINKE sagt zu diesem Konfrontationskurs klar und deutlich NEIN!

Deutschland sollte mit China auf der Basis des Völkerrechts, entsprechend der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, umgehen. Das schließt Kritik beim Umgang mit den Menschenrechten nicht aus.

Weltweite Abrüstung, Regelung aller Streitigkeiten in friedlichen Verhandlungen, gegenseitige solidarische Kritik, fairer weltweiter Handel würden Deutschland, China und der Welt nutzen.

Ein altes chinesisches Sprichwort lautet: „Die sicherste Tür ist die, die man offen stehen lassen kann.“

Kostenlose Publikationen zu China auf der Homepage der Rosa Luxemburg Stiftung:

www.bestellung.rosalux.de/index.php

**Robin Epskamp
Hans-Dietmar Hölscher**



Aus dem Bundestag

Die Rente

Kernfrage unserer Gesellschaft

Entgegen der andauernden Märchenerzählung der Union leben die heutigen Rentner*innen nicht auf Kosten der jungen Generation. Traurige Wahrheit ist, es gibt immer mehr arme Rentner*innen! Denn die Bundestagsmehrheit hat die Renten in den letzten 30 Jahren für die meisten um ca. 40 Prozent gekürzt. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung ist mit 18,6 Prozent so niedrig wie in den 1980er Jahren. Davon haben aber

die Arbeitgeber*innen profitiert. Durch die entstehende Rentenlücke haben außerdem auch private Anbieter von Zusatzversicherungen und die Finanzwirtschaft enorm verdient.

Der durchschnittliche Zahlungsbetrag aus der gesetzlichen Rente liegt bei 1.048 Euro monatlich (bei Frauen deutlich weniger). Das ist zu wenig! DIE LINKE hat ein durchfinanziertes Rentenkonzept: Wir streben eine solidarische Mindestrente nach österreichischem Vor-

bild von 1.200 Euro monatlich, zzgl. Wohngeld, an. Der jetzigen Regierung wollen wir diese Frage aus gutem Grund nicht anvertrauen. Auch alle anderen Parteien wollen und können es nicht!



Friedrich Straetmanns
Bundestagsabgeordneter
der Fraktion DIE LINKE

Die Immobilienlobby jubelt:

Die Mieten können wieder steigen

Abgeordnete von CDU/CSU und FDP haben mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht dafür gesorgt, dass der Mietendeckel in Berlin nicht wirken kann. Die Begründung: Die Mietpolitik ist Bundesangelegenheit. Wir lassen uns aber weder von der Immobilienlobby noch von deren

Parteien entmutigen. Ganz im Gegenteil. Für uns ist das Urteil und seine Begründung Ansporn: Jetzt erst recht für eine starke LINKE bei den Bundestagswahlen als Voraussetzung für einen wirksamen bundesweiten Mietendeckel: CDU und CSU raus aus der Regierung!

**DIE LINKE fordert:
Mietendeckel bundesweit!**

SO ERREICHEN SIE UNS

Telefon: 0521.86611

vorstand@dielinke-bielefeld.de

www.dielinke-bielefeld.de

mittwochs
14-17 Uhr und

freitags
14 bis 19 Uhr

offenes Büro in der
August-Bebel-Str. 126

§ 219a: Das Private ist politisch

Das Intime erst recht

Die aktuelle Debatte um den Paragraphen 219a StGB macht dies deutlich. Die potenzielle Strafbarkeit von Abtreibungen und Informationen darüber, führt dazu, dass Abtreibungen unter fragwürdigen und manchmal sogar lebensgefährlichen Bedingungen durchgeführt werden. Die Reise in die mitunter kilometerweit entfernten Kliniken ist einigen Frauen nicht möglich, etwa, weil

sie arbeiten, Kinder versorgen müssen oder es sich nicht leisten können. Frauen werden entmündigt und die behandelnden Ärzt*innen unter Generalverdacht gestellt. 6.000 Euro Strafe kostet es, wenn eine Praxis über Abtreibungen informieren will. Kommt es zur Strafverfolgung aufgrund des Verstoßes gegen das „Werbeverbot“, müssen Ärzt*innen mit einer

Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder mit einer Geldstrafe rechnen. So wie die Ärztin Kristina Hänel, die erstmals 2017 zu einer Zahlung von 6.000 Euro verurteilt wurde und jetzt vor das Bundesverfassungsgericht zieht. Die Angst vor Strafe und Vorwürfen veranlasst einige Kliniken dazu, entweder gar nicht erst über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren oder

diese gar zu verweigern. Deutschlandweit sind immer weniger Ärzt*innen bereit, eine Abtreibung durchzuführen.

Die Stigmatisierung und Gefahr, die vom § 219a ausgeht, ist nicht zu leugnen.

Deshalb: Weg mit § 219a und Solidarität mit Kristina Hänel und allen Frauen!

Melanie Engels
Mitglied im Kreisvorstand